

Der Courier
18 die größte Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch.
Verkaufspreis:
für Kanada \$2.50
für Ausland \$3.50
Im voraus bezahlt:
Kanada \$2.00

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadianer.

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language
Issued every Wednesday
Subscription price:—
in Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
If paid in advance:
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

23. Jahrgang, 14 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 20. August 1930. 14 Seiten Nummer 41.

Einwanderung nach Canada stark eingeschränkt

Soll nur vorübergehende Maßnahme sein, bis Arbeitslosigkeit behoben ist.

Europäischer Kontinent betroffen, während Einwanderung aus Großbritannien und Ver. Staaten nicht dadurch berührt wird.

Kapitalkräftige Farmer und Angehörige von hier ansässigen Leuten dürfen einwandern

Transportgesellschaften und andere Stellen verständigt, sodas die neuen Bestimmungen sofort in Kraft treten können.

Ottawa — In einem am 15. August von dem Einwanderungsminister, Hon. W. A. Gordon, herausgegebenen Bericht wird bekanntgegeben, daß die Einwanderung aus Europa eingestellt wird, und ab jetzt keine Änderung in bezug auf Großbritannien und die Ver. Staaten getroffen ist, wird die Regierung um die Einwanderung aus irgend einem Lande weder werden noch beabsichtigt. Die neue Einwanderungspolitik bedeutet nicht die absolute Einstellung der Einwanderung aus Europa, da erfahrenen Farmer die ausreichende Mittel besitzen, um sich sofort auf Farmen niederzulassen, die bereits hier ansässig sind, nichts in den Weg gelegt werden kann.

Der Grund für die Abänderungen ist die Arbeitslosigkeit. Die Regierung möchte die Einwanderung solcher Personen verhindern, denen es nicht gelingen dürfte, Arbeit zu bekommen. Da die Lage als vorübergehend betrachtet wird, ist vorgesehen, die Einwanderung bis zur Besserung der Arbeitslage einzuschränken.

Die neuen Bestimmungen betreffen die Einreise nach Canada von Touristen oder Geschäfts- und Handelsreisenden in keiner Weise.

Die Verträge der Einwanderer werden sofort verständigt, sodas die neuen Bestimmungen sofort in Kraft treten können. Der Grund für die Abänderungen ist die Arbeitslosigkeit. Die Regierung möchte die Einwanderung solcher Personen verhindern, denen es nicht gelingen dürfte, Arbeit zu bekommen. Da die Lage als vorübergehend betrachtet wird, ist vorgesehen, die Einwanderung bis zur Besserung der Arbeitslage einzuschränken.

Die Einwanderung von Kapitälen ist größtenteils von den in Betracht kommenden Provinzen kontrolliert worden und wird nur insoweit in Mittelbesitz gezogen, als diese Provinzen die Systeme den Wünschen der Dominion anpassen.

Die dreitausend Familien-Zielungspläne sind im Juni vorigen Jahres erledigt. Ein weiteres Familien-Zielungspläne befindet sich in Neu-Bräunswick in Ausführung, jedoch bringt die Dominion nur die Pläne für die Provinzen von Neu-Bräunswick und Britanien in Ausführung. Zu diesem Falle gibt Neu-Bräunswick das Land her, und die britische Regierung trägt den, die sich anstellen wollen, das Geld zum Ankauf dieses Landes und der Ausrüstung vor.

Die Einwanderung von Farmpraktikanten aus Großbritannien hat seit einigen Monaten nachgelassen und wird nicht als ins Gewicht fallend betrachtet. Das System der Ausbildung junger Leute im Farmwesen ist sich nicht bewährt und wurde daher nicht weiter verfolgt.

Die Einwanderung von Kapitälen ist größtenteils von den in Betracht kommenden Provinzen kontrolliert worden und wird nur insoweit in Mittelbesitz gezogen, als diese Provinzen die Systeme den Wünschen der Dominion anpassen.

Revolutionäre Phrasen in Moskau

Immer noch Traum von einer Weltrevolution im Hinblick auf die Weltwirtschaftskrise

Moskau — Der Kongress der sogenannten „Profintern“ oder der internationalen roten Handelsunion wurde hier eröffnet. Die Eröffnung des Kongresses, zu welchem hunderte von Repräsentanten von linkslebenden Handelsverbänden aus der ganzen Welt erschienen sind, fand in der früheren Halle der Vornehmlichkeiten. Neben den europäischen Delegierten wurden Delegationen von China, Japan, Indien, den Philippinen und Liberia gemeldet. Auch Südamerika ist vertreten.

Der Leiter des Kongresses erklärte den Vertretern der einzelnen Länder, daß die revolutionäre Aktivität größer und intensiver gestaltet werden müsse. „Die Wirtschaftskrise wächst in allen Ländern zu nie geahnter Höhe an und eine neue mächtige revolutionäre Welle zieht über China hin“, sagte der Generalsekretär Vosjowski. „Eine weitere revolutionäre Welle zieht über Indien und andere Kolonien hin. So gar die wirtschaftlich schwächsten Länder wie Polen und Rumänien werden von dieser Welle mitgerissen.“

Die Wirtschaftskrise veranlaßt die größte Gruppe flüchtiger Ausländer, die das Sowjetland wegen der dortigen unbefriedigenden Zustände verlassen haben.

Die Wirtschaftskrise veranlaßt die größte Gruppe flüchtiger Ausländer, die das Sowjetland wegen der dortigen unbefriedigenden Zustände verlassen haben.

„Graf Zeppelin“ macht 100. Flug

Friedrichshafen — Während ganz Deutschland den 41. Jahrestag der republikanischen Verfassung feierte, flog das Luftschiff „Graf Zeppelin“ vom hiesigen Flughafen zu seiner hundertsten Kreuzfahrt, soweit der Himmel über Deutschland blaut.

Der Zeppelin flog mit 20 Passagieren unter dem Kommando von Kapitän Lehmann nach Darmstadt ab.

Am 18. September 1928 machte der Zeppelin seine Jungfernfahrt, und seine wichtigsten Kreuzfahrten sind die Fahrt nach Kassel, N.F. im Jahre 1928, nach dem Orient im Jahre 1929, nach Kassel und rund um die Welt im Jahre 1929 und nach Südamerika im Jahre 1930.

König vom Irak in Berlin

Berlin — König Feisal vom Irak ist mit seinem Gefolge heute von London in Berlin eingetroffen und auf dem Bahnhof von Beamten des Auswärtigen Amtes empfangen worden. Der Herrscher aus dem nahen Osten verweilt fünf Tage in Berlin zu verweilen. In Geschäftsreisen ist die Hoffnung ausgeprochen worden, daß sein Besuch den Handel zwischen Deutschland und dem Irak fördern wird.

Sechs Tote bei Schrapnell-Explosion

Warschau — Sechs Personen einschließlich zweier Schüler, wurden bei der Explosion eines Schrapnellgeschützes, das von einem Artillerieoffizier in der Nähe aufgestellt war, in der Nähe aufgeflogen. Die Verletzten wurden in einer Gruppe neugieriger Zuschauer verletzt.

Preisrichter für den C.A.R.-Wettbewerb

Hervorragende Männer und Frauen, die mit den Verhältnissen in den Provinzen durchaus vertraut sind, wurden von dem Canadian National Railway als Preisrichter für die Wettbewerbe zwischen Landgemeinden europäischen Ursprungs der drei Provinzen ausgewählt. Diese Wettbewerbe sollen während einer Zeitdauer von 5 Jahren alljährlich stattfinden; jedes Jahr werden drei Hauptpreise von \$1,000.00, \$500.00 und \$250.00 in jeder dieser Provinzen verteilt.

Die Preisrichter sind:



Luftschiff R-100 nach England zurückgekehrt

Englisches Luftschiff mußte über dem Ozean gegen Stürme ankämpfen

Konnte den erhofften Rekord nicht erreichen

Cardington, England, 16. Aug. — Das englische Luftschiff R-100 kehrte heute nach einem harten Kampfe mit den Stürmen über dem Ozean nach dem Heimatlande in Cardington, England, zurück, nachdem es einen Flug nach Canada unternommen hatte. Die Zeit, welche man für die Rückkehr geahnt hatte, konnte infolge der Stürme nicht eingehalten werden. Die Strecke von Montreal nach Cardington wurde in 56 Stunden und 10 Minuten zurückgelegt.

Der Flug des Luftschiffes R-100, welcher sich auf eine Strecke von über 3,400 Meilen ausdehnte, verläuft anfänglich, ein guter Erfolg zu werden, aber diese Hoffnung wurde ausbleiben als Gegenwinde die Schnelligkeit des Luftschiffes stark beeinträchtigten. Das deutsche Luftschiff „Graf Zeppelin“ legte die Strecke von Kassel nach Friedrichshafen, 1,200 Meilen (also 800 Meilen mehr) in nur 55 Stunden und 24 Minuten zurück.

Der Grund für die Abänderungen ist die Arbeitslosigkeit. Die Regierung möchte die Einwanderung solcher Personen verhindern, denen es nicht gelingen dürfte, Arbeit zu bekommen. Da die Lage als vorübergehend betrachtet wird, ist vorgesehen, die Einwanderung bis zur Besserung der Arbeitslage einzuschränken.

Steubenpilger in Wien

Wien — Eine Reisegesellschaft von 130 Mitgliedern der von Prof. Dr. Steuben Society, die bereit ist Wien auf Besuch zu kommen, wurde von dem österreichischen Bundespräsidenten Wilhelm Miklas und dem Bundeskanzler Johann Schober empfangen. Der Herrscher erholte eine Begrüßung der willkommenen amerikanischen Gäste durch Stadtrat Weber im Namen der Stadt Wien.

Auf ihrer vorausgegangenen Fahrt durch Deutschland haben die Steubenpilger das Grabmal des Generals von Steuben besucht und der Enthüllung einer Gedenktafel beigewohnt.

von Menschen hatten sich auf dem Flugfeld eingefunden und lauter Jubel brach aus, als das Luftschiff am Horizont geahnt wurde. Die Landung des Luftschiffes ging nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten, da ein 20 Meilen starker Wind über das Flugfeld blies. In einer Höhe von etwa 600 Fuß wurde der Ballon abgelassen und kam gleich wegen auf die Erde nieder. Um 11:05 Uhr war die Landung vollzogen und das Schiff ruhte am Ankerort.

Oesterreichisches Flugzeug in Bayern verunglückt

Bei Wengen, Bayern.

Professor George Edwards von New York, der in einem Flugzeug von Innsbruck nach Zürich unterwegs war, erlitt schwere Verletzungen als der Apparat gegen einen Berghang stieß und abstürzte. Professor Edwards befand sich auf dem Weg nach den Vereinigten Staaten, nachdem er Europa besucht hatte. Er erlitt einen Bruch des rechten Armes und der Schulter und innere Verletzungen. Der Pilot des Flugzeuges, Guitav Rubricius, starb an seinen Verletzungen, während ein zweiter Passagier, ein Schweizer namens Niesen und Professor Edwards in ein hiesiges Hotel überführt wurden.

Das Flugzeug gehörte einer österreichischen Gesellschaft. Es geriet in starken Regen, der die Sicht behinderte. Der Pilot, der die Bergwand nicht bemerkte, versuchte in der letzten Minute, den Apparat hochzuführen und den Berg zu überfliegen, doch fiel der Apparat zurück und stürzte ab, wodurch er in zwei Teile zerbrach.

Göbbels auf Hindenburgs Wunsch freigesprochen

Berlin — Reichspräsident von Hindenburg hat sein Möglichstes, um keine Verleumdung gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Paul Goebbels auszusprechen, und die Folge war ein Freispruch des Angeklagten.

Der Reichspräsident richtete an den Vorsitzenden des Gerichtes, weiterzutun, vor dem der Fall zur Verhandlung stand, ein Schreiben, in welchem er sagte, er wolle zu keiner Verurteilung gelangen, daß Goebbels im mit dem Artikel unter der Überschrift „Hindenburg nach?“ den Goebbels in dem von ihm geleiteten Nationalistenblatt „Der Angriff“ erdienten ließ, nicht persönlich habe beleidigen wollen.

Wenn es gesetzlich möglich gewesen wäre, hätte ich die Klage zurückgezogen“, hieß es in dem Schreiben weiter. „Da das aber nicht angeht, möchte ich erklären, daß ich persönlich den Zwischenfall als erledigt ansehe und daß mir an einer Verurteilung des Herrn Goebbels nichts mehr liegt.“

Rekord im Gleitflug

Bafferuppe, im Hohenberg, der österreichische Star-Gleitflieger Robert Kronfeld überholte seinen eigenen Weltrekord für Langstrecken-Gleitflug um ganze 2 Kilometer, als er in seinem kleinen gebrechlichen Gleitflugzeug in einem Semimeterum 94 Meilen weit flog.

Die anderen Teilnehmer an den Wettgleitflügen wollten sich in den herannahenden Sturm nicht herumwagen und gingen nieder, Kronfeld aber ging höher, „hatte“ sich in eine Wolke „ein“ und fauchte mit ihr über die Berge hinweg. Er landete in Hof in der Nähe der Station, von der aus er im vorigen Jahre seinen früheren Rekordgleitflug gemacht hatte.

Von seinen Mitbewerbern registrierte der Gleitflieger Kurtz den zweitbesten Flug; er flog 42 Meilen.

Revision des Versailler Diktats angestrebt

Auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates soll die Frage aufgerollt werden

In Polen und Frankreich erwacht das schlechte Gewissen. — Angst vor Grenzregulierungen.

Scharfe Warschauer Proteste gegen Revisionsrede des Reichsministers Treviranus

Berlin — Das Reichskabinett hat unter Vorsitz von Kanzler Brüning eine Sonderberatung abgehalten, in welcher, wie von gut unterrichteter Seite verlautet, der Vorschlag erzwungen wurde, die Frage einer Revision des Versailler Vertrags auf der nächsten Tagung des Völkerbundesrates in Genf in Anregung zu bringen. Die Kabinettsberatung war ursprünglich auf nächste Woche angesetzt, ihre Einberufung aber wurde befristet in Anbetracht des großen Aufschwunges, welches der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Gottfried Treviranus, durch seine neuerliche Rede über die ungeredeten Grenzen Deutschlands hervorgerufen hat. Polen und Frankreich sind arg verstimmt darüber und Belgien fühlt sich ebenfalls betroffen, weil es Gefahren für den ungelösten Besitz der früheren preussischen Teile Eupen und Malmedy an der deutschen Grenzlinie wittert. Auch wird Antioch daran genommen, daß der Reichsminister des Innern, Josef Wirth, in seiner Ansprache am vergangenen Montag bei der Feier des Jahrestages der Reichsverfassung gegen die Demilitarisierung der Rheinlandzonen Einspruch erhoben hatte. Halbamtliche Proteste von

Warschau, Paris und Brüssel sind bereits eingelaufen, und die Presse der betreffenden Länder tobt in einem Wutanfall.

Die Reichsregierung soll sich nun mit dem Gedanken tragen, gelegentlich der Tagung des Völkerbundesrates, die am 5. September in Genf beginnt, die heikle Frage der Revision des Versailler Vertrags aufzurufen, und zwar auf Grund von Artikel 19 der Völkerbundeschart. Von bestimmten Entschlüssen zu einem solchen Schritt ist aber noch nichts bekannt geworden.

(Siehe „Die offene Wunde im deutschen Osten“ auf Seite 2.)

Große Aufregung in Warschau

Warschau — Nach Meldung der polnischen Telegraphenagentur ist die einseitige Presse in harker Erregung über die Rede des deutschen Reichsministers für die besetzten Gebiete, Gottfried Treviranus, der anlässlich des sechsten Jahrestages der Abkündigung in Ost- und Westpreußen, vor einer zahlreichen Versammlung in Berlin die Frage der deutschen Ostgrenze behandelt hat. Die halbamtliche „Gazeta Polska“

erklärt in einem Leitartikel, die deutsche Regierung sei „absolut verantwortlich“ für die Worte der Kabinettsmitglieder. Das polnische Blatt verlangt, Europa müsse aufschluß darüber erhalten, ob das Reichskabinett hinter einem solchen Schritt steht. Polens Politik gegenüber sei durchaus friedfertig und strebe nach wirtschaftlicher Zusammenarbeit, während Deutschland diesem Ziele entgegenarbeitete. Zum Schluß wird betont: „Polen ist fest entschlossen und bereit, seine Grenzen bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.“

Der „Tägliche Courier“ von Krakau erklärt, Polen sei sich der drohenden Gefahren vollumfänglich bewußt, ziehe seine Reihen zusammen und verweigere alle politischen Differenzen, um das Land zu verteidigen. Europa sei beunruhigt über die deutschen Absichten, und zum Beweise wird der Pariser „Temps“ angeführt, der bereits die Forderung aufstellt, daß „nur die Entlassung des Ministers Treviranus sich als zufriedenstellend erweisen könne.“

Der Warschauer „Morgen-Kurier“ hebt hervor, Kanzler Brünings Partei habe gegen Treviranus' Rede (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues deutsches Wahlsystem in Vorbereitung

Soll auf Verminderung der Zahl der politischen Parteien abzielen und geringere Abgeordnetenzahl bewirken.

Berlin — Während Deutschland mit dem Wahlkampf eifrig beschäftigt ist, bereitet der Innenminister Josef Wirth ein neues Wahlsystem vor, welches das gesamte politische System der deutschen Republik vollständig ändern würde. Das veränderte Gesetz ist noch nicht veröffentlicht worden, aber einem Vertreter der „United Press“ ist es gelungen, Einzelheiten über das neue Gesetz zu erhalten.

Das wichtigste was in diesem Gesetz enthalten ist und wodurch die radikale Veränderung eintreten würde, ist:

1. Beseitigung von sechs der 15 politischen Parteien, welche sich in Deutschland um die Macht streiten.

2. Reduzierung der Mitglieder des deutschen Reichstages.

3. Erhöhung der Zahl der sogenannten unglücklichen Stimmen, nämlich derjenigen, welche nicht direkt für die Wahl von Kandidaten in Frage kommen.

Das neue Gesetz würde weiter die Teilung der gegenwärtigen 35 Wahlkreise Deutschlands in 175 Wahlbezirke vorsehen. Ferner würde durch das neue Gesetz die sogenannten „Reichsliste“ abgeschafft werden. Demnach würden überzählige Stimmen in eine gemeinsame Urne geworfen werden für je fünf Gruppen oder Wahlbezirke anstatt erst in eine Landesurne und dann in die Staatsurne.

Das neue Gesetz würde weiter die Teilung der gegenwärtigen 35 Wahlkreise Deutschlands in 175 Wahlbezirke vorsehen. Ferner würde durch das neue Gesetz die sogenannten „Reichsliste“ abgeschafft werden. Demnach würden überzählige Stimmen in eine gemeinsame Urne geworfen werden für je fünf Gruppen oder Wahlbezirke anstatt erst in eine Landesurne und dann in die Staatsurne.